

4. Scheint wöchentlich 2 mal in Leipzig.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Buchhandlungen des In- und Auslandes an.

Für Leipzig nehmen Bestellungen an: A. Bebel, Petersstraße 18, F. Z. Hiete, Emilienstraße 2.

Der Volksstaat

Abonnementpreis:

Für Preußen incl. Stempelsteuer 17 Rgr., für die übrigen deutschen Staaten 12 1/2 Rgr. per Quartal per Monat 4 1/2 Rgr. für Leipzig und Umgegend per Quartal 13 Rgr.

Subskription für die Vereinigten Staaten:

F. A. Sorge, Box 101 Hoboken N. J. via New York

Organ der sozial-demokratischen Arbeiterpartei und der Internationalen Gewerkschaften.

Social-demokratische Arbeiter Partei.

An die Vertrauensmänner.

Es sind noch sehr viele Orte mit der Zahlung für überfandenes Material im Rückstande. Die Betreffenden werden hierdurch ersucht, diese Angelegenheit möglichst bald zu ordnen, damit es nicht erst nötig wird, eine namentliche Aufforderung zur Zahlung ergehen zu lassen.

Hamburg, den 12. April 1872. S. Benuede, Cassirer.

Die Postanstalt zu Hersfeld verweigert unter dem Vorwand, daß Abonnements auf den „Volksstaat“ vor dem ersten April eingehen müßten, weitere Annahme derselben. In einem solchen Verfahren ist keine Postanstalt berechtigt, sie muß während der Dauer des ganzen Quartals Bestellungen auch auf Monatsabonnements, annehmen. Weigerungen wolle man uns sofort anzeigen, damit wir den Beschwerdeweg betreten können.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Bekanntmachung.

Da die Bestellungen auf Schriften sich in erfreulichster Weise häufen, sieht sich die unterfertigte Expedition veranlaßt, bekannt zu geben, daß keine Bestellung unter 14 Tagen effectuirt werden kann, und bittet bei Bestellungen, darauf zu achten.

Leipzig den 15. April 1872.

Die Expedition des „Volksstaat“.

Urtheile der Presse über den Leipziger Hochverrathsprozess.

(Fortsetzung)

Der „Elbinger Anzeiger“ (Volkszeitung für die Provinz Preußen) spricht sich, obgleich er so blöde ist, zu sagen, daß „selbst die Angeklagten dem Präsidenten von Müde das Zeugniß strenger Unparteilichkeit! geben müssen“, am 4. April folgendermaßen aus:

„Wir sind zwar weit entfernt davon zu glauben, daß die Herren Bebel und Liebknecht vor dem Gericht ihr vollständiges, den bestehenden Verhältnissen feindliches Programm entwickelt haben, aber immerhin ist die Freimüthigkeit anzuerkennen, mit welcher die sozialdemokratischen Führer Aufschluß über ihre Absichten und Pläne gegeben. Es fragt sich nur, ob es nicht besser gewesen wäre, den Leipziger Sozialdemokraten keinen Prozess zu machen. Die verurtheilten Arbeiterführer sind ohne Zweifel politische Märtyrer geworden. Wir wollen dieser Art Märtyrertum keine zu große Wichtigkeit beilegen, denn im deutschen Volke hat ja die Sozialdemokratie nur wenig (?) Boden, doch Reclame hat der Prozess und die Verurtheilung der sozialistischen Bestrebungen immerhin gemacht.“

Die in Stettin erscheinende „Difsee-Zeitung“ (und Vörsen-Nachrichten der Difsee) schreibt unterm 27. März, nachdem sie „eine gewisse Befriedigung darüber verspürt, daß dem frivolen Treiben der Herren Liebknecht und Bebel auf einige Zeit ein Ende gemacht ist“, wie folgt:

„Immerhin wäre es wohl gescheuter gewesen, die Anklage wäre überhaupt nicht erhoben worden. Hochverrathsprozesse, wenn sie nicht gegen eine bereits vollendete That gerichtet waren, haben wohl kaum jemals den beabsichtigten Zweck erreicht; und am wenigsten ist dies zu erwarten, wenn sie, wie im vorliegenden Falle, in der Hauptsache gegen eine mit naiver Offenheit betriebene Agitation gerichtet waren. Das offene Aussprechen revolutionärer Wünsche mag zeitweise ansteckend wirken, doch wird es bald, wenn es eben beim Wünschen bleibt, langweilig. Wird dagegen dieses offene Aussprechen zum Hochverrath gestempelt, so tritt an seine Stelle nur zu leicht die geheime Verschwörung, deren Reiz weit nachhaltiger zu sein pflegt.“

„Ganz besonders bedenklich mußte aber der Versuch erscheinen, der sozialistischen Agitation mit den Mitteln des politischen Prozesses und der Polizei entgegenzutreten zu wollen. Darüber kann allerdings kein Zweifel sein, daß diese Agitation, indem sie die unmittelbare Schuld an verrückten Arbeitseinstellungen (u. dgl.) trägt, eine wahre Calamität ist. Aber es kommt auf die Natur einer öffentlichen Calamität an, ob Polizei und Justiz etwas gegen sie vermögen; und wenn sie ihren Sitz in den Köpfen und Herzen hat, so bewirkt das Einschreiten der Polizei und Justiz nur zu leicht das Gegenheil von dem, was es bewirken soll. So war es bei dem Kampfe des Absolutismus gegen den Liberalismus; und so wird es auch bei dem Kampfe der Polizei und der Justiz gegen den Sozialismus sein. Und wenn auch dafür gesorgt ist, daß der Sozialismus nie zur allgemeineren und dauernderen Herrschaft gelangen kann als in der Pariser Commune, so wird doch die Gefahr um so größer, daß er sich als schleichende Krankheit in dem Körper der modernen Gesellschaft einnistet, eben weil er nie die Gelegenheit erhalten wird, die Proben seiner hirnverbrannten Lehren zu machen.“

„Im Uebrigen, wenn der Sozialismus überhaupt zu einer öffentlichen Gefahr geworden ist — wer anders trägt daran die Schuld, als die Besizhenden? Theils indem sie nicht rechtzeitig versuchten, dem Reibe der Besizhlosen und ihrer Verzweiflung an der Möglichkeit, sich ein besseres Loos schaffen zu können, durch die wirtschaftliche Erziehung ihrer den gewöhn-

ten patriarchalischen Verhältnissen plötzlich entrückten Arbeiter vorzubeugen — theils, indem sie in sich selbst den Zweifel an der „Gerechtigkeit“ des auf dem Prinzip des Eigenthums und der wirtschaftlichen Freiheit beruhenden Gesellschaftszustandes nährten und noch immer nähren. Der Staat selbst stellt Professoren der Volkswirtschaft an seinen Universitäten an, welche fast ohne Ausnahme dem Sozialismus huldigen.“ Sehr richtig sagt die „Schlesische Zeitung“:

„Welchen Eindruck soll der Leipziger Hochverrathsprozess — bei dem es sich doch hauptsächlich um die Verfolgung der Socialisten Bebel und Liebknecht, und erst in zweiter Reihe um deren politische Phantastereien (!) handelt — auf das Publikum machen, wenn ein einflussreicher Preussischer Staatsbeamter an geweihter Stelle unangefochten folgendes Credo bekundet:

„Die oft hören wir schmerzliche Klagen darüber, daß das Einkommen bei der jetzigen Ideierung kein Auskommen mehr gewähre und doch die Ausgaben sich nicht beschränken ließen. Solche Klagen werden sich sehr verallgemeinern, wenn es den Arbeitern gelingt, ihre Lage auf Kosten der anderen Klassen zu verbessern. Dürfen wir gleichwohl es beklagen? Entschieden: Nein. Was den höheren Klassen entzogen wird, hat der Arbeiter noch schwerer entbehrt, als sein bevorzugter Mitmensch es von jetzt an thut. Denn — dessen Lage bleibt immer noch viel besser. Man einschlage sich nur ein Mal des Gedankens, der in den Klagen der „höheren zehn Prozent“ im Grunde immer verborgen ist, als habe der Mensch der höheren Stände einen Rechtsanspruch auf eine viel bessere, mindestens auf einer seiner Lebensgewohnheit entsprechende Lebensweise.“

„Also die besser situirten Stände, die Gelehrten, Künstler, Kaufleute haben keinen „Rechtsanspruch“ auf eine reichlichere Befriedigung ihrer Bedürfnisse, als die niederen Stände: die Tagelöhner, Fabrikarbeiter und Handarbeiter. — Der Mann, welcher am 12. October 1871 in der Garnisonkirche zu Berlin (auf der Versammlung evangelischer Männer) diese Worte gesprochen hat, ist ordentlicher Professor und Mitglied der Staatsprüfungs-Kommission. Er heißt Adolph Wagner.“

Bei derselben Gelegenheit erklärte dieser bekannte Gelehrte: „es sei vornehmlich die Schuld der höheren Klassen“, daß der soziale Kampf zwischen Lohnempfänger und Kapitalisten immer heftiger entbrenne, und es gelte, die Arbeiter in ihre Stellung als Streiter im Konkurrenzkampfe (diese Worte sind auch im Original geperrt gedruckt) so zu stärken, daß ihnen dadurch die Siegesaussicht näher rückt.“

„Wir sind weit davon entfernt, dem Staat einen Vorwurf daraus zu machen, daß er Herrn Wagner und seine Gefinnungsgenossen an den Universitäten die Lehrfreiheit in keiner Weise einschränkt — schon deshalb nicht, weil sonst jene Herren, wenn sie die Macht in die Hände bekämen, sich vielleicht berechtigt halten könnten, uns — den von ihnen oft genug als „unfitlich“ denuncirten „Manchester-Männern“ — die Pressfreiheit zu verkümmern. Und wenn der Staat Männer, welche in solcher Weise den sozialen Krieg und die Berechtigungslosigkeit der besser situirten Klassen predigen, anstellt, so mag er dafür eine Entschuldigung in dem Mangel an anderen Kräften für die betreffenden Posten finden. Immerhin steht es damit im unvereinbaren Widerspruche, wenn der Staat der sozialistischen Agitation in den Arbeiter-Vereinen mit den Mitteln der Polizei und Justiz entgegenzutreten will.“

(Fortf. folgt.)

Sie bewegt sich doch.

Trotz des unvergleichlichen Drillungssystems in Schule und Kaserne scheint unter den Bürgern des Preussischen Musterstaats doch immer mehr die hochverräterische oder Hochverrath vorbereitende Ansicht um sich zu greifen, daß die Republik eine bessere Staatsform ist als die Monarchie, auch wenn letztere mit Ruhm durchtränkt ist, wie ein alter Schnapsbruder mit Alkohol. Und nicht in Worten bloß, die oft ernstlichen Inhalts ermangeln, äußert sich diese Ansicht, sondern durch die That, durch Handlungen, die auch von dem interpretationsfähigsten Optimisten oder Sophisten nicht mißdeutet werden können. Wir meinen die seit einiger Zeit in stets steigender Progression vor sich gehende Massenauswanderung aus den östlichen Provinzen Preußens nach Nordamerika. Das unglückliche Ostpreußen stellt schon seit Jahren sein Contingent zu diesem „Auszug“, aber seit dem „heiligen Krieg“ mit seinen „schönen Kavallerie-Gefechten“ und seinem glorreichen Fünfmilliarden-Frieden hat das Fieber sich auch der Provinzen Posen, Westpreußen und namentlich Pommerns, der „Preussischen Bende“ bemächtigt, und daselbst — schlimmes Symptom! — hauptsächlich die Bauerbevölkerung ergriffen. Der (konservative) „Kugsburger Allgemeinen Zeitung“ schreibt man darüber aus Preußen:

„Seit mehreren Wochen sind die östlichen Provinzen von einem wahren Auswanderungsfieber ergriffen. Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht aus Posen, Westpreußen oder Pommern lange Züge Heimathmüder hier anlangen und ihren Weg nach Bremen einschlagen, um von dort in das Land der goldenen Träume, Nordamerika, hinüberzufegeln. Die Potsdamer und die Lehrter Bahn beförderten an beiden Festtagen allein mehr als 2000 Auswanderer. Es waren meist junge Bursche und Dirnen, oder Familien, deren Häupter noch in besten Jahren standen, zum nicht geringen Theil sogar noch im militärpflichtigen Alter. Ihre altersschwachen und gebrechlichen Angehörigen haben sie meist in der alten Heimath zurückgelassen, wo sie den stark decimirten und dadurch sehr viel leistungsunfähiger gewordenen Gemeinden zur Last fallen. In den Kreisen Stolp und Lauenburg (Pommern) hat die Glücksjagd sogar einzelne Dörfer so sehr entvölkert, daß die Zahl der dort noch ansässigen Familien auf drei bis vier zusammengesunken ist.“

*) Soll heißen: die nichts mit der wüsten „Manchesterlehre“ zu thun haben wollen.

schrumpft ist. Natürlich entsteht dadurch in jenen Kreisen ein fühlbarer Mangel an Arbeitskräften, und jetzt klagen die Gutsherrschaften, daß sie keine Knechte und Mägde mehr aufzreiben können. Dank der freieren Bewegung, welche die neueren Gesetze gestatten, sind die meisten Auswanderer ohne alle Legitimationspapiere davon gegangen. Ihre kleinen Besitzungen haben sie ohne Ausnahme veräußert, so daß der Werth des Grundbesitzes und Bodens in den von der Auswanderung berührten Districten stark gelitten hat.“

Auch die für Gott, Stieber, König und Vaterland schwärmende „Kreuzzeitung“ stößt wiederholt Nothschreie aus über dies heikle Thema, und es entringt sich ihrer Brust das bittere Geständniß, daß die Militärlast wesentlich an dem Uebel schuld sei. Sie theilt den Brief eines Pommerschen Gutsherrn mit, in dem es heißt:

„Die Amtsblätter liefern hierüber den besten Beweis, daß die betreffenden Bekanntmachungen angeben, welche eine große Zahl von jungen Leuten sich alljährlich ihrer Militär-Verpflichtungen durch Auswanderung entzieht. Ein ländlicher Besizer von 300 Morgen bei Grim, der sechs gesunde kräftige Söhne hatte, von welchen zwei in meiner Wirtschaft als Lehrlinge waren, sagte mir selbst, daß er deshalb verkaufe, weil er nicht im Stande wäre, bei dem Einkommen seines Grundstücks von dreihundert Morgen seine Söhne sämmtlich dienen zu lassen. Er ist nach Verkauf seines Grundstücks mit seinen sechs Söhnen nach America ausgewandert.“

„Noch einen solchen Sieg und ich bin verloren“, sagte König Pyrrhus von Epirus.

Die Versailler Banditen. Ueber den Tod, richtiger die Ermordung Raoul Rigault's, des jungen Polizeichefs der Commune, theilt die „Emanzipation von Toulouse“ folgende Einzelheiten mit:

„Nach seiner Verhaftung wollten ihn die Soldaten zwingen, „Bide Versailles!“ zu rufen. Er antwortete mit einer verächtlichen Bewegung und rief: „Nieder mit den Mördern! Es lebe die Kommune!“ Ein Schuß fällt, und er stürzt todt zu Boden. Der Korporal hatte ihm das Gehirn mit dem Revolver zerschmettert, welchen er von ihm erhalten hatte. Es ist fast überflüssig, hinzuzufügen, daß die Soldaten über die Leiche herfielen und sie beraubten. Seine Uhr, seine Geldtasche, die 7—800 Fr. in Gold enthielt, seine Stiefeln, seine Strümpfe, wurden die Beute dieser Banditen-Soldaten. Nach beendeter Arbeit ließen sie die Leiche mit bloßen Füßen und herausgehakten Taschen neben der Laterne, welche die Ecke der Rue Day-Lussac und der Rue Rayer-Collard erleuchtet, liegen. Die Leiche blieb dort bis zum nächsten Tage 11 Uhr Morgens. So starb der im Alter von 24 Jahren ermordete Raoul Rigault, Mitglied der Commune von Paris.“

Mörder und Räuber — ächte „Gesellschaftsretter!“ — In der Lyoner „République républicaine“ finden wir einen der Gefängnisjuris entwichenen Brief eines politischen Gefangenen, worin es unter Anderem heißt:

„Das Leben, das man uns hier bereitet, ist nicht mehr auszuhalten. Außer der Bouillondiat — Schwarzbrod und Wasser — haben wir nicht einmal mehr die Freiheit des Gedankens. Alle unsere Correspondenzen, welche nicht ausschließlich intime Familienangelegenheiten betreffen, werden ohne Gnade ans Ministerium des Innern geschickt und unsern Alten einverleibt. Aber man braucht über diese Maßregel nicht zu erschrecken. Was sie auch thun mögen — es wird ihnen nicht gelingen, die intellektuelle Arbeit unsers Geistes zu verhindern. Sie sind dumm genug, uns auf diese Weise zu Märtyrern zu machen, denn das springt jedem Klarsehenden in die Augen, daß die Republik sich immer mehr und mehr befestigt. — Unsere Lage — weit entfernt davon, sich zu verbessern — scheint sich alle Tage zu verschlimmern; die Willkür allein ist die Richtschnur unsrer Wälder; — von tausend Beispielen nur eins:

„Einer unserer Unglücksgegnen wird wegen eines leichten Vergehens vom Oberwälder bestraft. Ein anderer unserer Gefangenen, welcher sieht, wie hierbei selbst die schwachen, den Gefangenen noch belassenden Garantien verletzt werden, indem es in § 37 der Gefängnisordnung heißt: „Wenn ein Gefangener sich eines Vergehens schuldig macht, muß er vor den Direktor geführt werden, welcher über etwaige Strafen zu bestimmen hat,“ protestirt in sehr gefühlvollen und gerechten Vorstellungen. Er wurde dieserhalb vor den Direktor geladen, und von ihm zu 4 Tagen Zellenhaft verurtheilt, wozu ihn dieser selbst Direktor auch begleitete, ihn mit Schmähungen überhäufend, wobei er unter Anderem folgendes wörtlich sagte: „Ihr Studenten, Ihr habt das Kaiserreich gestürzt; jetzt habe ich Euch u. s. w.“ Dann, am 4. Tage, besuchte er von Neuem seinen Gefangenen, mit dem er sprach, daß er Abbitte thun solle. War das nicht bittere Ironie? Auf die Antwort unsers Freundes, daß er nur Abbitte leiste, wenn er Jemand beleidigt habe, wurde er eiligst in ein schwarzes, feuchtes, kaltes Loch, mehrere Fuß unter der Erde gesteckt. Nachdem er eine Nacht an diesem traurigen Ort verbracht, wurde er aus der Höhle herausgezogen und zu uns mit den Worten zurückgeschickt: „Gehen Sie zu Ihrer Sorte!“

„Und dieses Faktum steht nicht vereinzelt da: Periodisch werden politische Gefangene in enge Zellen eingeschlossen, ohne

Fortsetzung auf Seite 4.

Offener Brief an Herr. v. Sybel.

Herr Professor!

Ihre durch die „Kölnische Zeitung“ jüngst verbreiteten Vorträge über „die Lehren des heutigen Socialismus und Kommunismus“ veranlassen mich, Sie öffentlich zu adressiren. Die billige Voraussetzung, daß die Sache, d. h. wissenschaftliche Forschung und Wahrheit, mehr gilt, auch Ihnen mehr gilt, als Persönlichkeit, ermuthigen den unterzeichneten Handwerker, gegen den akademischen Gelehrten aufzutreten. Die betreffenden Vorträge, zu Ruh und Trost der Fabrikanten, speziell der Barmener, gehalten, haben sich die wissenschaftlichste und eminenteste Pointe des Socialismus, haben sich das vielgepriesene und vielgeschmähte Werk von Karl Marx, „das Kapital“ zum Gegenstand kritischer Beleuchtung erkoren.

Gestatten Sie, ich bitte, daß ich Ihnen meine Anerkennung ausspreche für die Geschicklichkeit, welche verstanden hat, die Sache am Schopf, und nicht an irgend einem nebenaushängenden Bispel zu fassen. Auch bekenne ich, in etwas erbaut zu sein von der anständigen Form, welche nicht, wie wir Socialisten das bisher gewohnt sind, den Gegner mit leidenschaftlicher Schmähsucht, sondern mit Gründen zu widerlegen sucht.

Was nun aber den Kern, was Ihre vermeintliche Widerlegung angeht, fühle ich von dem unmaßgeblichen Bewußtsein besserer Einsicht in die Sache mich zu dem Geständniß gedrängt, daß der Herr Professor das Schwarze verfehlt, ja nicht einmal die Scheibe getroffen hat.

Bei der näheren Begründung dieses Urtheils halte ich mich an die Reihenfolge Ihres Vortrags und unterstelle bei anderweitigen Lesen eine bedächtige Prüfung des Inhalts.

„Marx' Styl“, lautet die einleitende Kritik, „ist nicht eben erfreulich; als guter Hegelianer strebt er die ungeheuren Massen seines Stoffes auf die Entwicklungsmomente eines einzigen Grundbegriffs zurückzuführen und wird dadurch in seinem Raisonnement oft unerkennlich weitschweifig, oft in lästiger Weise schwerfällig. Bündig aber und geschlossen ist seine Erörterung im höchsten Grade; wer ihm die ersten Sätze zugibt, wird unwiderstehlich zur Anerkennung der letzten Folgerungen gedrängt.“

Nun bitte ich um Antwort, Herr Professor! Wie kann es einer wissenschaftlichen Abhandlung oder ihrem Styl zum Vorwurf gereichen, die Massen des Stoffes auf einen einzigen Grundbegriff zurückzuführen zu haben? Besteht doch die Essenz aller Wissenschaft — ich citire aus der Einleitung zu Humboldt's „Kosmos“ nach dem Gedächtniß — in Zurückführung der natürlichen Mannichfaltigkeit auf systematische Einheit, d. h. auf „die Entwicklungsmomente eines einzigen Grundbegriffs.“ Den Styl weitschweifig zu finden, dazu mögen Sie Berechtigung in Ihrem individuellen Geschmack besitzen; aber der angeführte Grund ist wenigstens eine unbedachtame Phrase. Und gar nun unmittelbar folgend, dieselbe Erörterung, welche vorher „weitschweifig“ befanden war, „bündig und geschlossen“ zu nennen, ist ein konfusier Mißbrauch des Wortes, welcher den Argwohn fördert, daß die ganze Anerkennung des Gegners Ihrerseits eine Tücke ist, um seine Sache mit mehr Ruhm klein zu machen.

Gehen wir nun von der Form zur Sache, vom Styl zum Thema. Marx lehrt, daß die Größe des Tauschwerths gleich ist der auf die Waare verwendeten gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

Herr v. Sybel will glauben, daß der Tauschwerth einer Waare sich nach Mühe und Ausgaben richtet, welche die Erzeugung gekostet hat, d. h. für den Verkäufer, aber für den andern Theil, für den Ankäufer sei die Sache ungiltig. Der Käufer frage nicht, wie viel Zeit die Herstellung der Waare gekostet, sondern ob er Gebrauch ihm durch Befriedigung eines Reizes oder Bedürfnisses ein entsprechendes Quantum Lebenskraft eintrage. Der Werth der Kohle steige im Winter, weil (Achtung!) zur Erzeugung der gleichen Körperwärme mehr Kohle benötigt sei.

Nun bitte ich um Entschuldigung, Herr Professor! Wie kann die Absicht, die Sache dem Fabrikanten mündrecht zu machen, Ihnen so völlig das Verständniß der Werth-Theorie verschließen?

Das größere Bedürfniß nach Kohle im Winter kann allerdings, „wenn die Quanta der Grubenarbeiter dieselben bleiben“, den Preis steigern, weil Zufuhr und Nachfrage betänlichlich den Preis unter und über den Werth variiren, aber immerhin bleibt der Werth d. i. der allgemeine Preis, abhängig von dem Quantum gesellschaftlicher Arbeit, das, wie Marx sich ausdrückt, zur Produktion erheischt ist. Wenn in Rußland der Scheffel Kohle in halber Zeit zu Tage gefördert wird, d. h. wenn dort die Kohlengruben soviel ergiebig sind, wie im Süden, so wird auch der Kohlenwerth oder ihr Durchschnittspreis nur halb so groß sein, trotzdem der Winter doppelt kalt und lang sein mag.

Der Herr Professor v. Sybel ist mit Marx einverstanden: Nicht die zufällig auf eine Waare verwendete Arbeit, sondern die „gesellschaftlich notwendige“ bestimmt ihre Werthgröße. Wenn z. B. die Dampfschifferei dreißig Mal mehr Garn liefert als der Handspinner, so mag sich der Letztere auch dreißig Stunden plagen, das Produkt seiner Arbeit hat doch nur den Werth einer einzigen Stunde. In einem andern Beispiel produziren die Seidenfabrikanten fünf Mal mehr Seide als der Markt, oder die Gesellschaft, bedarf, in Folge dessen die Seide auf ein Fünftel ihres Werths herabsinkt. Hier wie dort reduziert sich die zufällige auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit. Davons will der Herr Professor schließen, daß der Marx'sche Ausdruck, „gesellschaftlich notwendige Arbeit“, in verschiedenem Sinne gebraucht sei. Bei dem Beispiel der Dampfschifferei sei die Veränderung der Arbeitsmethode, und im Falle übermäßiger Seidenproduktion das unzureichende Verhältnis der Seidenarbeit zum Seidenbedürfniß die Ursache der Werthdifferenz. Wichtig! Jeder Ausdruck ist einfaches Abstraktum einer vielfältigen Sache. Der Baum ist einmal Eichbaum, ein andermal Birnenbaum.

Die Zurückführung mannichfacher Werthveränderungen auf den „Grundbegriff“ der Arbeitszeit ist eine produktive That der ökonomischen Wissenschaft, während Sie, Herr Professor, durch Verkennung der Einheit, verbunden mit dem Hervorheben des Verschiedenen, sich der Konfusion schuldig machen.

Sie begreifen, daß das Quantum Arbeit, welches zur Erzeugung der Waare erfordert ist, ihren Werth bestimmt, nota bene, legen Sie hinzu, auf Seite des Verkäufers. Die

Zweckmäßigkeit des Produkts, welche anderseits vom Ankäufer gefordert ist, hat Marx, sagen Sie, unterlassen, in Rechnung zu bringen.

Nun bitte ich den Herrn Professor, Raisonnement anzunehmen. Jeder giebt Werth für Werth. „Geld ist Waare wie andere Waaren.“ Jeder ist Käufer, sagt James Mill, durch das bloße Faktum, daß er Verkäufer ist.“ Der Verkäufer der Waare Jeder ist Ankäufer der Waare Silber, Gold, und ungeleht.

Also sind auch die zwei Momente, welche nach Ihnen bei Bestimmung des Werthes mitwirken, nicht auf die Seiten vertheilt, sondern stehen selbender auf jeder Seite. Wenn der Ankäufer nicht fragt, was die Waare gekostet hat, sondern nur was sie leistet, so fragt er doch bei Hergabe seines Geldes nicht darnach, was es leisten wird, sondern was es ihn gekostet hat. Diese Zweifeltigkeit der kaufmännischen Transaktion ist Ihrem Scharfblick entgangen, Herr Professor: deshalb haben Sie denn hier auch nichts — wie Sie glauben — Neues vorgebracht, sondern nur in konfusier Form wiederholt, was Marx mit den Worten ausdrückt: „Kein Ding kann w. i. i. sein, ohne Gebrauchsgegenstand zu sein. Ist es nutzlos, so ist auch die in ihm enthaltene Arbeit nutzlos, zählt nicht als Arbeit und bildet daher keinen Werth.“ „Der Tauschwerth einer Maschine ist bestimmt, nicht durch das Quantum Arbeit, das von ihr ersetzt wird, sondern durch das Quantum Arbeitszeit, das in ihr aufgearbeitet und daher erheischt ist, eine neue Maschine derselben Art zu produziren.“ „Es handelt sich nicht um den Dienst, den die Waare leistet, sondern um den Dienst, der ihr geleistet worden ist in ihrer Produktion.“ Das Alles, Herr Professor, gilt nun ebenso triftig, für das Gold des Käufers, als für das Produkt des Verkäufers. Da ist nichts auf zwei Seiten zu legen.

Die Prämisse*) des Socialismus, daß in der gegebenen Natur die menschliche Arbeit es allein ist, welche Werthe erzeugt und vermehrt, wollen Sie, als Advokat der herrschenden Klassen, nicht gelten lassen. Wie Theologen gegen die Naturwissenschaft, so gehen Sie gegen die unzweifelhaftesten Sätze der politischen Ökonomie an. Was im geschichtlichen Verlauf dieser Wissenschaft schon unzählige Mal abgefertigt ist, tischen Sie von Neuem auf. Der Werth soll Ihnen nicht nur von der Arbeit, sondern zugleich auch von der Energie des Bedürfnisses produziert sein, weil, so antworte ich, Sie, die Unterschiede zwischen Preis und Werth und zwischen Privat- und Politischer Ökonomie total verkennen. Mißverhältnis zwischen Zufuhr und Nachfrage, zwischen der vorräthigen und der vom Bedürfniß geforderten Masse ändert wohl den momentanen Preis, aber nicht den allgemeinen Werth der Waare. Um den Unterschied von Werth und Preis klar zu machen, bitte ich Folgendes zu erwägen: Wenn durch Günst der Natur das selbe Quantum Arbeit ein doppeltes Quantum Weizen produziert, so sinkt der Werth des letzteren auf die Hälfte. Wenn mit Günst ergiebiger Minen die Arbeit durchschnittlich eine doppelte Masse Goldes zu Tage fördert, so werden alle andern Waaren eine doppelte Masse Geldes aufwiegen oder doppelten Preis machen. Daß nun mein Produkt z. B., Leder, trotz des verdoppelten Preises denselben Tauschwerth hat, merke ich daran, daß die Lebensmittel, welche ich für den Preis eintausche, doppelt theurer sind, ich also für meine Arbeit, obgleich doppeltes Geld, doch nur dasselbe Äquivalent empfangen. Das Bedürfniß oder die Nachfrage nach meinem Artikel kann auf seinen Preis immer nur einen momentanen Druck ausüben, der die Zufuhr beschleunigt, bis das Gleichgewicht hergestellt oder überschritten ist. Nachfrage und Zufuhr schwanken den Preis, während die Produktionskosten, das ist die zur Erzeugung benötigte Arbeit, nur dann den Werth bestimmen, wenn die Waare in richtiger Proportion erzeugt ist.

Nach dem Ausdruck der Ricardo'schen Schule gilt das Gesetz des Werthes nur für solche Waaren, die durch die Industrie beliebig vermehrt werden können und in freier Konkurrenz beschafft werden. Das heißt, erklärt Marx, es gilt in der modernen bürgerlichen Gesellschaft.

Nachdem also der gelehrte Akademiker versucht hat, mittels der Preisschwankungen, die von Mangel oder Ueberschuß verursacht sind, das Verständniß des Werthgesetzes zu trüben, versucht er demnach mittels Verwechslung der Privat- und „Volkswirtschaft“ das eigenste und herrlichste Produkt der Marx'schen Forschung zu vertuschen. Es handelt sich um das Wachsen des gesellschaftlichen Reichthums, um die Vergrößerung des vorhandenen Werths, der „Mehrwert“ genannt wird. Marx lehrt, daß der Reichthum in den Produkten besteht, die durch Lohnarbeit erzeugt werden. Diese Reichthümer können sich nur vergrößern, indem m. h. geschafft als verzehrt wird. Der Lohn des Arbeiters ist eine Anweisung auf die erzeugten Produkte. Dadurch, daß der Lohn kleiner ist, wie das Erzeugniß, entsteht die Vergrößerung des Reichthums oder Mehrwert in Händen der Kapitalisten. Der Reichthum unserer Gesellschaft ist eben Privatreichthum. Nur dadurch, daß die Arbeiterklasse weniger konsumiren darf, als ihre Arbeit zeugt, hat das Kapital die Eigenschaft, Profit und Zins zu tragen oder goldene Eier zu legen, wie Marx sich ausdrückt.

Dieser einfachen unwiderleglichen Thatsache will Herr v. Sybel widersprechen. Zu diesem Zweck unterstellt er einen Fabrikanten, der bisher 1 Thlr. Tagelohn gezahlt und dafür 2 Thlr. an Produkten erbeutet habe; unterstellt ferner, daß der Fabrikant den Tagelohn plötzlich verdoppelt, wodurch er nach Marx auf jeden Gewinn verzichte.

„In Wahrheit aber“, so erklärt v. Sybel, „hat der Scharfblick des Fabrikanten eine bevorstehende Aenderung in der Zukunft entdeckt. Er sieht deutlicher als die Anderen voraus, daß binnen zwei Monaten in Folge irgend welcher auswärtigen Ereignisse die Nachfrage nach seinen Waaren ungeheuer steigen wird.“

Er sichert sich seine Arbeiter durch die sofortige Verdoppelung des Arbeitslohns und ändert dafür nach einiger Zeit verdierfachte Preise für seine Waaren. Der Mehrwert, der Gewinn des Kapitalisten ist allerdings durch Arbeit geschaffen worden, aber nicht durch die Handarbeit des Arbeitnehmers, sondern durch die Kopparbeit des Arbeitgebers. Ein besser berech-

tigter und verdienter Gewinn ist nicht zu denken. Und wie Alle wissen, wie unendlich häufig die Fälle dieser Art, wie sie eigentlich die überwiegenden und regelmäßigen sind, die Spekulationen auf den Wechsel, der Konjunktur, die Gewinnste, die ganz unabhängig von dem Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeiter, lediglich durch die Schwankungen des Marktes des Bedürfnisses herbeigeführt werden.“

Herr, verzeih ihm, denn er weiß nicht, was er spricht! „Bereicherung durch Konjunktur!“ Herr Professor, Herr Professor! Ist das Volkswirtschaft? So bereichern sich wohl Einzelne, aber nicht die Kapitalistenklasse, nicht die Gesellschaft. Die Konjunktur zahlt die Waare über oder unter dem Werth. Was aber dabei für Einen gewonnen, wird für den Andern verloren. Durch Konjunkturen werden niemals Werthe erzeugt, sondern nur deplacirt.“ Die Kopparbeit des schlauen Fabrikanten, der voraussieht, daß der Bedarf den Preis seines Artikels verdreifacht, lüchelt den Reichthum aus der linken Tasche seines Nächsten in die eigene rechte Tasche, vermehrt also seinen Privatreichthum, auch wohl den Reichthum einer Nation, wenn sie in's Ausland spekulirt. Solche Kopparbeit vermag den Werth aus einem Lande ins andere zu transportiren, aber Mehrwerth erzeugen, das, Herr Professor, vermag keine Spekulation, wie schlau, kein Bedürfniß, wie energisch es auch sein möge.

Die Spekulanten der Wissenschaft, die ohne empirische Detailforschung, mit reiner Kopparbeit Wahrheiten produziren wollten, haben sich eitel erwiesen. Noch eitler ist der Versuch, die Werthspekulationen zu Produzenten wirklichen Reichthums machen zu wollen. Nach Marx veranlaßt Ricardo's vorurtheilsvolle, theoretische Schärfe, die von hergebrachten Meinungen sich nicht beeinflussen ließ, zu dem Ausspruch, „es scheint, als sei er von einem Planeten heruntergestürzt.“ Dagegen, Herr Professor, wird man von Ihnen ganz entgegengesetzt sagen dürfen: „es scheint, als seien Ihre ökonomischen Ideen unter Finanzjuden und Handelsbesessenen aufgewachsen.“

Wenn es zur Erläuterung der vorliegenden Differenz noch eines Beispiels bedarf, so wollen Sie sich etwa zehn Robinsons auf einer Insel denken, von denen nur einer das Brodbrot verfertigt. Die Konjunktur ist ihm derart günstig, daß man für das tägliche Produkt zweifelhafte Arbeit ihm andere Produkte in Tausch gibt, die zehnmal zweifelhafte Arbeit gekostet haben, dann wird das „Bedürfniß“ der Käufer, oder „die Zweckmäßigkeit“ der Badarbeit wohl den Bäcker Robinson reich machen; aber wo bleibt dabei der Sybel'sche Mehrwerth, den die Konjunktur auf der Insel hervorbringen soll? Die Klause, der Mehrwerth entspringe daraus, daß die Konsumenten die Waare über den Werth zahlen, ist schon alt. Marx hat sie Seite 119 bis 125 des „Kapitals“ gründlich abgefertigt. Den Herrn Professor, welcher sagt, daß es wenig lebenswerthe Bücher gibt, bitte ich, die dort gegebene Kritik seiner Vorgänger genau zu würdigen. Wenn Sie demnach einverstehen sind, daß es in der Ökon. nie sich nicht um Reichthümer handelt, die, wie Lust und Wasser, die Natur gratis gibt, dann kann es auch ferner nicht zweifelhaft sein, daß Arbeit, und nicht Spekulation oder Konjunktur die sogenannte Volkswirtschaft bereichert.

Mit dieser kurzen Besprechung der Kardinalpunkte Ihrer „Lehren des heutigen Socialismus und Kommunismus“ muß ich, Herr Professor, es diesmal bewenden lassen. Wenn es in nächster Zeit mir die Muße vergönnt, will ich in einem folgenden Briefe auch noch die Lappalien behandeln, mit denen weiter in Ihren Vorträgen die gewohnte kapitalistische Windbeutelerei getrieben wird. Feuerbach sagt: die Philosophie sei auf unsern Universitäten ex officio eine Beischwester der Theologie. Ähnlich und mit gleichem Rechte wird man der akademischen Gelehrsamkeit überhaupt nachsagen dürfen, sie sei ex officio der Windmacher oder Balgtreter beim Orgelspiel der Bourgeoisie.

Mit der Versicherung u. s. w.

Sie ergebenster
Siegburg 9. April 1872.

J. Diehgen,
Lehrerber.

Militärtaatlliches.

(Von einem Reservisten.)

Erlauben Sie mir einige Worte zur Charakteristik der Detationen. Ich will weiter nicht darauf zurückgehen, daß man 4 Millionen an die Reservisten und Landwehrleute zur Unterstützung gab und die gleiche Summe für einige Generale. Vom sozialdemokratischen Standpunkte aus kann man diese Handlungswiese nur gutheißen, denn sie muß Denen, welche in ihrer patriotischen Gesinnung für König u. s. w. schwärmten, zeigen, daß sie nichts sind, als willenlose Werkzeuge, nichts als eine Maschine, die, wenn sie ihre Arbeit vollbracht, stumm wartet, bis sie wieder in Bewegung gesetzt wird. Ich will auch nicht über die ungerechte Vertheilung unter die Reservisten und Landwehrleute reden, sondern Sie auf einen andern Punkt aufmerksam machen. Die preussische Militärorganisation ist ja für einen despotischen Staat, welcher auf der Basis der Eroberungspolitik ruht, eine ausgezeichnete. Trotz alledem haben wir im Felde vielfache Entbehrungen an dem, was uns reglementmäßig zusteht, aushalten müssen, vicielemal recht sehr gehungert und Alles geduldig ertragen. Wir sahen ein, daß Entbehrungen im Kriege eben unummeidlich sind, und daß es unmöglich ist, überall und immer die Truppen mit Dem zu versorgen, was ihnen zusteht.

Als wir im Juni vorigen Jahres in unserer Garnisonsstadt entlassen wurden, hatten die Reservisten und Landwehrleute (es waren deren viele in unserem Regiment) ein Gesuch an ihre Kompagnie-Chefs gerichtet, dahingehend, daß ihnen für die im Felde erlittenen Entbehrungen an Dingen, die ihnen reglementmäßig zusteht, eine Entschädigung in Geld gegeben werden möge. Diese Entschädigung war von einem Offizier, welcher vollständig damit einverstanden war, auf 11 Thaler berechnet und wir Alle waren damit zufrieden. Die Kompagnie-Chefs meldeten es den Bataillonskommandeuren und von diesen wurde uns bei dem üblichen Bataillonsappell bekannt gemacht, „daß das Regiment in Kriegzeiten keine Entschädigung für Ent-

*) Voraussetzung.

*) in andere Hände verlegt.

Bestimmungen gewährt. — Bloß in Friedenszeiten. Im Kriege kann der Soldat hungern.

Mit Murren und Entrüstung wurde dieser Beschluß angenommen, und nur das Bewußtsein, den Soldatenrost sofort auszuleihen zu können, beruhigte die Leute.

Doch den Männern der absoluten Militärstaaten-Regierungen zur Warnung, daß sich die Zeiten ändern. Man stützt sich auf das Kriegsgesetz und die eiserne Disziplin; doch auch diese Stützen werden wanken. Man hat dort oben das Volk gründlich studirt. Bloß tüchtige Offiziere, — was braucht man weiter? Die Soldaten „müssen“, wozu hat man ein Kriegsgesetz? In gewissen Kreisen denkt man wie Zimmermann in seinem Münchhausen: „Spanien hat seine Weine, Italien den Gefang, England die Konstitution, Rußland den festesten Fuchter, Frankreich die Revolution und in Deutschland gerathen die Bedienten am besten.“

Doch das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten. Auch die Disziplin wankt mitunter. Ich erinnere die Herren preussischen Generale an den Abend von Gravelotte, an die Affäre in der Schlucht, — da haben sie gesehen, daß auch preussische Disziplin ein Ende haben kann.

Was die Bourgeoisie unter „Recht“ versteht.

I.

Der von uns in Nr. 28 des „Volkstaat“ erwähnte Artikel der „Volkzeitung“, betitelt: „Hochverräter und Demagogen“, lautet vollständig wie folgt:

„Die Verurtheilung der Herren Bebel und Liebknecht von Seiten der Leipziger Schwurjuristen ist ein Merkmal für unsere Zustände, das wir nicht unbemerkt lassen dürfen.“

Juristisch ist nach unserer Ansicht das „Schuldig“, welches die Schwurjuristen ausgesprochen, durchaus nicht gerechtfertigt. Im Zusammenhang eines Verbrechens schuldig zu erklären, muß vor allem entweder ein wirkliches Verbrechen vorliegen, oder beim Hochverrath mindestens ein wirkliches Unternehmen drabsichtigt und in verübter Weise nach Ort und Zeit vorbestimmt sein, wo ein vorbereiteter Plan zur Ausführung gebracht werden soll. Ein Unternehmen ohne einen unter dem Heilighorn verabredeten Plan, ohne jede Spur von Angabe nach Zeit und Ort, wann und wo es verübt werden soll, und ohne jede Bestimmung der Person oder der Personen, welche irgend etwas auszuführen haben, ist kaum ein „Projekt“ zu nennen und kann unmöglich als verbrecherische Handlung angesehen werden.

In der That waltet auch kein Zweifel ab, daß Juristen ein „Schuldig“ nicht würden ausgesprochen haben. Selbst der preussische Staatsgerichtshof, dem man ein zu mildestes Verfahren gewiß nicht zum Vorwurf machen wird, hat im berühmten Labendörfer'schen Prozess ein „Schuldig“ nur motivirt durch die von dem Zeugen Henze projektierten Schießversuche mit, zu Revolutionszwecken angefertigten Granaten und dem Ankauf und der Ansammlung von Waffen. Diese „Handlungen“ mußten als Vorbereitungen zu einem Unternehmen gelten. Wäre nichts Decretirtes von dem Zeugen Henze veranlaßt worden, so würde selbst ein Staatsgerichtshof nicht im Stande gewesen sein, ein „Schuldig“ auszusprechen. Wünsche, Absichten, Aufregungen, durch Presse und Vereine verbreitet, können strafbar wegen anderer Vergehungen sein; allein einen Hochverrath, der stets auf ein „Unternehmen“ hinausläuft, würden Juristen ganz sicher nicht unter solchen Umständen erkennen.

Um so mehr ist es charakteristisch, daß sich ein Kollegium von Schwurjuristen zu einem verurtheilenden Wahrspruch bei bewogen gefunden, ein Kollegium, dem wir sicherlich nicht einen Vorwurf der Parteilichkeit machen dürfen, zumal es uns hierüber keine Rechenschaft schuldig ist und es sogar ihm gesetzlich verboten ist, Motive für seinen Wahrspruch anzugeben. Wir sind auch fern davon, dieses Urtheil einer Kritik zu unterziehen; wir glauben uns nur verpflichtet auf dasselbe hinzuweisen, weil in dem Faktum ein wichtiges Merkmal liegt, woraus wir etwas zu lernen haben.

Zunächst haben wir aus dem Faktum zu lernen, daß es Fälle giebt, wo das Volkurtheil viel scharfer ausfällt als das der Juristen. Der Jurist beurtheilt eine Anklage nach dem Maßstab des Strafrechts, das die juristischen Handlungen alle vorbedacht hat. Was im Strafrechtbuch nicht mit Strafe bedroht ist, ist für den Juristen straflos. Wenn durch einen sonderbaren Zufall in der Publikation eines Strafgesetzbuches der Titel über Wörd ganz und gar ausgelassen würde, so würde der Jurist unbedingt jeden Wörder freisprechen. Wir haben auch bereits ein merkwürdiges Gegenstück hierzu erlebt, wo ein Gerichtshof ein „Schuldig“ ausgesprochen hat wegen eines Strafparagrafen, obwohl das Verbrechen selber thatsächlich nicht hat stattgefunden können. Die politischen Prozesse in den Jahren 1849 und 1850 wegen Hochverraths gegen den deutschen Bund waren durch die thatsächliche Selbstauflösung des deutschen Bundes im Jahre 1848 gegenstandslos und wurden gleichwohl von Juristen nur deshalb geführt, weil in den Strafgesetzbüchern dieser Bund noch als existirend vorausgesetzt gesehen worden war.

Das Volkurtheil dagegen, welches in den Wahrsprüchen der Schwurjuristen seinen Ausdruck findet, sieht sich durch die Schranken der Strafgesetzbücher nicht gebunden. Wir haben es in den bösen Jahren der Reaktion oft erlebt, daß die Schwurjuristen freigesprochen, wo Juristen unbedingt würden verurtheilt haben und haben diese Freisprechungen als freie Urtheile des Volkswußtheils gebilligt. Der köpfige Fall zeigt uns ein Gegenstück. Dem Volkgeföhl ist das, was die Herren Bebel und Liebknecht gethan haben, verbrecherisch erschienen, obwohl der Begriff des Hochverraths im juristischen Sinne nicht darauf paßt. Da sind wir denn auch nicht berechtigt, dieses Urtheil anzusehen, sondern haben nur daraus zu lernen, daß es Verbrechen geben kann, welche im Strafgesetzbuch nicht ihren entsprechenden Ausdruck finden.

Des Hochverrathes im juristischen Sinne sind die Angeklagten in unseren Augen nicht schuldig; aber es giebt thatsächlich eine Methode des demagogischen Treibens, welches an gewissen Grenzen im Volkgeföhl als Hochverrath empfunden wird, und dieses Treiben, dessen sich die Angeklagten schuldig gemacht, war es sicherlich, welches die Schwurjuristen wie Hochverrath ansahen, obwohl es dessen Merkmale nicht an sich trägt.

Wir leben in einer Epoche der Entwicklung des Volkswußtheils, wo ein klassisches Wort „Demagogie“ — welches man vor einem Menschenalter so schön sich misbraucht hat, — das man mit demselben die Unschuldigen und Weisen in Deutschland der politischen Verfolgung aussetzte — einen thatsächlichen Sinn bekommt, und der Begriff „Demagogie“ durch thatsächliche Vorgänge einen realen Inhalt gewinnt, den man bisher vergeblich zu definiren suchte.

Wir sind gewiß weit entfernt von dem Wunsch, einen neuen Strafparagrafen ins Leben gerufen zu sehen. Aber in der Ueberzeugung, daß die Schwurjuristen in Leipzig doch von einem richtigen Volkgeföhl geleitet worden sind, als sie die Angeklagten nicht straflos mochten ausgehen lassen, müssen wir sagen: die Angeklagten sind als „Demagogen“ schuldig befunden worden, obwohl das Wort selbst im juristischen Sinne seinen verbrecherischen Charakter an sich trägt und eine Anklage hierauf auch nicht lauten könnte, und sie erleiden nun eine Strafe als „Hochverräter“, die sie im juristischen Sinne nicht find, bloß weil man seinen strafrechtlichen Ausdruck für die verwerflichen Handlungen findet, deren sie sich wirklich schuldig gemacht haben.“

Dies der Artikel der „Volkzeitung“. Wir sehen daraus, daß das Bismarck'sche Strafgesetzbuch dem Hauptorgan der preussischen Fortschrittspartei „zu liberal“ ist, und daß besagtes Organ für die Bourgeoisie das „Recht“ in Anspruch nimmt, jeden Sozialdemokraten, auch wenn er „juristisch“ absolut schuldlos, im „Namen des Volks“ — der Bourgeoisie als „Demagogen“ zu jeder beliebigen Strafe zu verurtheilen. Wir erinnern uns nicht, daß die Vertreter des absoluten Staates jemals mit gleichem Eynismus und — sagen wir hinzu

— gleicher Ungleichheit den Lebensprozess vertheidigt hätten, wie hier das Organ der Partei des „Rechtsstaats“. Sie suchten wenigstens immer den Schein des Gesetzes zu wahren.

Und diese „schaamloseste Verherrlichung des Tendenzprozesses“, wie der Stuttgarter „Beobachter“ es mit Fug nennt, ist um so schamloser, als sie in einem zweiten Artikel, den wir das nächste Mal auszugsweise mittheilen werden, wiederholt und in einer Weise vertheidigt wird, daß wir sehen: es handelt sich nicht um eine momentane Aufwallung, sondern um ein wohlüberlegtes Programm.

Zur Lage der Müllerburschen.

In No. 19 des „Volkstaat“ finde ich einen Aufsatz, von F. M. in Weisnig unterzeichnet, welcher die Lage der Müllerburschen behandelt.

Ich bin dem ganzen Aufsatz mit großem Interesse gefolgt, umso mehr, da ich selbst Müllerbursche bin, und oftmals die in obigem Artikel geschilderten Leiden durchgemacht habe, ja sogar Manches vermisste, was einem sonst noch als Müllerburschen paßt.

Zum Beispiel hat der Einsender die Windmühlen mit feinem Worte berührt; obgleich man dort bei Sturm die größten Lebensgefahren ausdauern muß und dabei eine äußerst schlechte Bezahlung hat. Ebenso verhält es sich mit den Rheinmühlen, — wie viele Müllerburschen finden dort in den Wellen ihr Grab!

Die 36stündige Arbeitszeit ist gar nichts Seltenes; man braucht nur in die Gegend von Nürnberg zu gehen, so wird man finden, daß sogar noch länger gearbeitet wird, und zwar bei einem Wochenlohn von 25 Sgr. bis 1 Thlr.!

Ich selbst habe in einer Mühle bei Frankfurt gearbeitet, wo es halb Tag zu essen gab. Das Brod, welches wir erhielten, war vom schlechtesten Mehl, und das Lager bestand in einem alten zerrissenen Strohsack und ebensolcher Pferdebede.

Ich selbst arbeite hier in einer Handelsmühle, kann aber getrost sagen, daß unser Prinzipal, Herr S. Ringel von hier, allen Anforderungen entspricht, welche in dem Artikel in No. 19 enthalten sind. Wir arbeiten hier nur 12 Stunden, an Sonn- und Feiertagen steht die Mühle, Logis haben wir in der Mühle und zwar gute Betten; gegen den Lohn kann auch keine Beschwerde erhoben werden.

Schon oftmals habe ich gedacht, ob es denn nicht möglich sei, daß die Müllerburschen, ebenso gut wie die Arbeiter anderer Branchen, zur Sicherung ihrer Lage einen Verband gründen könnten, wie es die Herren Mühlbesitzer schon längst gethan.

Zweck dieses ist daher, alle Müllerburschen zu ersuchen, sich zu ermannen und das auf ihnen lastende Joch der Sklaverei abzuwerfen; namentlich wäre es nöthig, einen Kongress der Müllerburschen (etwa nach Frankfurt a. M.) einzuberufen, um sich dort zu einem Festen und Gängen zu organisiren.

Sollten die Müllerburschen unserer Partei hiermit einverstanden sein, so bitte ich, mir Nachricht zu geben.

F. Knigge.

Meine Adresse ist: F. Knigge, pr. Adr.: Müller Ringel, Gerborn, 1. April 1872.

Zur Notiz für die Bergleute des Svidauer und Lugauer Reviers.

Wenn auch die Forderung: „Organisirt Euch“ nicht oft genug an die Arbeiter aller Branchen gerichtet werden kann, so ist sie besonders für die Bergleute des Svidauer und Lugauer Steinkohlen-Reviers nöthig, wenn man ihre Lage kennt und auch Gelegenheit hat, zu beobachten, wie sich die Werkführer den gesetzlich sanctionirten Anforderungen ihrer Arbeiter gegenüber verhalten.

Als das deutsche Haftpflichtgesetz erschien, mußte jeder Menschensfreund glauben, daß es bei aller Mangelhaftigkeit doch dazu beitragen werde, die Werksbesitzer zu größerer Vorsicht beim Betriebe ihrer Gruben anzuhalten und daß dadurch schon Leben und Gesundheit vieler gehalten würde.

Das die Grubenbesitzer sich bei ihrem ausstehenden Gesellschaften oder auch unter sich versicherten, wird ihnen nicht verübelt werden können, obgleich die Arbeiter auch hierbei alle Ursache haben, darüber zu wachen, daß nicht die wenigstens noch zur Hälfte, öfters zu noch größerem Theile von ihnen aufzubringen Gelder ihrer sogenannten Hilfskassen zur Mittheilung zu solchen Versicherungen herangezogen werden.

Ein großer Theil der Svidauer und Lugauer Werke ist unter der Firma „Unfallversicherungs-Gesellschaft Sächsischer Steinkohlenwerke“ zusammengetreten, um gemeinschaftlich den vorkommenden Schaden zu tragen, wobei im Statut schon ausgesprochen ist, daß vor irgend welcher Geschäftsbildung eine Klage Seitens der Auspuchernden abzuwarten ist. Man bildet sich aber ein, dem unbemittelten Arbeiter werde es nicht leicht möglich, seine Ansprüche mit Rechtsmitteln verfolgen zu können und werde er deshalb lieber ganz davon absehen.

Dies beweist an und für sich schon die „humane“ Gesinnung dieser Herren. §. 7 jener Statuten zeigt aber noch mehr, was von ihnen zu erwarten ist. Es heißt darin bezüglich des sachverständigen Gutachtens bei vorgekommenen Schadensfällen: „Der Beauftragte hat sein Augenmerk insbesondere auf alle diejenigen Umstände zu richten, welche eine Befreiung des verletzten Mitgliedes von den ihm angefallenen Verbindlichkeiten herbeiführen können, mögen dieselben nun rechtlicher oder thatsächlicher Natur sein.“

Das ist doch deutlich genug, und doch haben auch diese Statuten dem dortigen Gericht zur Begünstigung vorgelegen und sind nicht beanstandet worden.

Deshalb dürfen nun aber auch die Bergarbeiter die Antwort nicht schuldig bleiben, sondern müssen sich eine Organisation schaffen, die ihnen gestattet, Ansprüche beschärdigter, selbst derartigen Sachverständigen gegenüber, durchzusetzen, und dazu wird ihnen besonders die Agitation für Selbstverwaltung ihrer Hilfskassen förderlich sein.

Neustadt bei Stolpen. Am Sonntage fand eine zahlreich besuchte Vorversammlung im hiesigen Schützenhause statt, wobei zum Vorsitzenden Herr Börner und zum Schriftführer Herr Richter gewählt wurden. Auf der Tagesordnung stand: „Die Lage der Arbeiter und die Mittel und Wege, dieselbe zu verbessern.“ Als Referent war Bürger Daßner aus Dresden eingeladen. Redner unterwarf in andertthalbhündiger Rede die Lage des Arbeiterstandes und die Prinzipien der Sozial-Demokratie, erwähnte auch des Leipziger Schwurverrathsprozesses und führte aus, daß man hier Männer verurtheilt, welche sich zu ihrer Lebensaufgabe die Befreiung der Arbeiterklasse aus der menschenverwürflichen Lage machten, welche Redner Eingang erwählte. Hierauf wurde eine Resolution vorgelesen, in welcher die Versammlung sich mit dem Programm der Sozial-Demokratie einverstanden erklärte, und eine große Majorität beschloß, sich als Mitgliedenschaft der sozialdemokratischen Arbeiterpartei anzuschließen. Durch mehrmalige Aufforderung des Vorsitzenden nahmen einige Gegner das Wort; unter diesen zeichnete sich in hervortretender Weise durch sein gräßliches Auftreten, Herr Desillateur Mai besonders aus. Obwohl er durchaus nicht zur Sache sprach, noch irgend etwas zu widerlegen vermochte, so hatte sich doch ein Häuflein um ihn geschaart, welches ihn in seinem regellosen Auftreten unterstützte, sogar ein Gensdarm, — und solcher waren drei anwesend, außer dem Herrn Stadtrat, — thatigte diesen Beifall zu, und warum? Weil sich Herr Mai weigerte, den Hut vom Kopfe zu nehmen, wenn er zur Versammlung sprach, als er vom Vorsitzenden dazu aufgefordert wurde. Daßner nahm hiervon Gelegenheit, durch augenscheinlichen Beweis darzutun, daß gerade diejenigen, welche dem Arbeiter Bildung anempfehlen, am wenigsten davon befehlen. Es lag in der Absicht jener Leute, die Versammlung durch ihr provocirendes Auftreten zu stören, was ihnen jedoch nicht gelang. Zum Schluß wurde die bekannte Nürnberg'sche Resolution mit allen gegen 7 Stimmen angenommen.

Dresden. Der Leipziger Artikel steht noch in vollem Gange; wir warnen abermals vor jedem Zug. Die guten Arbeiter, welche den Kern der Streikenden bilden, seien fest. Die Meister geben nicht nach. Es wird von Seiten letzterer versucht, die sogenannten gutgesinnten Gehilfen durch Unterschriften zu sammeln, um eine Majorität zu erlangen; dieses Unternehmen dürfte jedoch kaum die Minorität gewinnen, indem die Arbeiter in den anscheinlichen Werksstätten sich nicht zu dieser

Bauernfängerrei hergeben, sondern dies mit Berachtung zurückweisen. Zu jener Liste Gutgesinnte geben sich höchstens einige Beiglinge und Egoisten her, sowie einige, die sich überhaupt nichts zu verdienen getrauen, und vor Arbeit zurückweichen.

Personen, die Sonntags als Marquiere dienen müssen, um bestehen zu können, geben sich zu dieser Intrigue her. Eine gute Anzahl Arbeiter, sowie jeder unbefangene, vorurtheilsfreie Mensch, erkennt unsere Forderungen als gerecht an.

Es wird die Verleumdung ausgeprengt, die Streikenden seien Willens, die Arbeiter ganz aus der Werkstatt zu drängen. Wer die Vorlagen der Streikenden kennt, wird zugeben müssen, daß gerade das Gegentheil bewirkt wird. Die Arbeiter wollen durchaus nicht die Arbeitgeber schädigen, dagegen sich und die letzteren zugleich vor Schädigung wahren. Es soll sogar eine schärfere, auch hauptsächlich gut moralische Controle eingeführt werden. Es kann dergleichen bei gutem Willen durchaus nicht zurückgewiesen werden. Das Gesetz verweist die Regelung der Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durchaus auf gegenseitige freie Vereinbarung, und diese wollen wir. Jeder Unbefangene wird sagen müssen, daß wir Willens sind, nur durch gleichberechtigtes Zusammengehen die Verhältnisse im Ganzen zu heben. Wenn von einer Seite alle und jede Verständigung schroff zurückgewiesen und nur unbedingte Unterwerfung unter einseitigen Vorlagen gefordert wird, dazu noch alle möglichen Intriguen und Bauernfängerien getrieben werden, so richtet sich solch ein Verfahren von selbst.

In der Hauptversammlung der streikenden Tischler vom 10. d. M., welche sehr zahlreich besucht war, wurde constatirt, daß der Streik durch Theilnahme einiger Werkstätten, die bis dahin noch gearbeitet, gemindert sei. Das übermüthige Benehmen gewisser Meister, insbesondere das Verhalten des Obermeisters Schäfer, wurde von Seiten mehrerer Redner einer sehr scharfen Kritik unterzogen. Es kam sodann ein Vermittlungsvorschlag der Meister, den diese als ihr „letztcs Wort“ bezeichnen, zur Verlesung. Da derselbe aber wesentlich nichts anderes enthielt, als einen anderen Wortlaut der famosen Arbeitsarten, so beschloß die Versammlung einstimmig, diesen Vorschlag zu verwerfen, auf ihrem früheren Standpunkt zu beharren und diesen Beschluß als ihr „letztcs Wort“ den Meistern kundzugeben. Das Publikum muß noch darauf aufmerksam gemacht werden, daß bereits hohe Prozente auf die Arbeit geschlagen werden, mit dem Bedenken, daß eine Lohnsteigerung von 25 pCt. eingetreten sei, was durchaus noch nicht der Fall ist. Es liegt ein Fall vor, wo bei einem Stilk, das bis jetzt stils zu 110 Thirn. im betreffenden Geschäft angeboten wurde, bereits der Preis auf 130 Thlr. angelegt wurde unter obigem Vorbehalt, obgleich in dieser Werkstatt noch gar keine Lohnsteigerung erfolgt ist.

Spandan. In der am Montag den 8. d. M. Abends 8 Uhr im Saale des Rothen Albers abgehaltenen öffentlichen Versammlung der Genossen der sozialdemokratischen Partei referirte Herr Kapler aus Berlin über den „Leipziger Hochverrathsprozess“ und über die Macht und Unüberwindlichkeit der Socialdemokratie ungefähr wie folgt: Selbst die Bourgeoisie nebst Presse konnte ihr Erlaunen nicht unterdrücken über diese Verurtheilung. Durch das Zusammenstellen, inclusive Herausheben der Worte „Kampf“ und „Revolution“ aus verschiedenen Schriften, Zeitungsartikeln und Privatbriefen sollte ein ungünstiger Gesamteindruck bei den Schwurjuristen hervorgerufen werden, trotzdem seit zehn Jahren die meisten Artikel undbeanstandet vor den Augen der Staatsanwaltschaft paßirt waren! Der ganze Prozess ist ein Tendenzprozess; Ideen und Meinungen sollen unterdrückt werden. Der Präsident hat, entgegen dem Gebrauche bei Schwurgerichtsverhandlungen, nur Verlesendes hervorgelesen. Schwurgerichte in ihrer heutigen Zusammensetzung sind nur ein Privilegium der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie sieht zu Gerichte über Den, der die Lage der Arbeiter verbessern will; mithin ist's ganz natürlich, daß er diesen verurtheilt.

Der Prozess beweist ferner die Macht und Unüberwindlichkeit der sozialdemokratischen Idee. Die genossenschaftliche Arbeit, Anwendung des vollen Arbeitsertrages, ist unser erstes Prinzip; es wird wohl keinen Arbeiter geben, der nicht dies Prinzip als das einzig richtige anerkennt, welches ihm wirklich zu helfen im Stande ist. Schon die Altklassen-Gesellschaft sind es, die zur genossenschaftlichen Arbeit hindrängen. Ideen lassen sich nicht durch Verfolgungen unterdrücken, ein Beweis dafür ist das Christenthum, das trotz aller Verfolgungen die herrschende Religion geworden ist. Ebenso ist es mit der sozialistischen Idee, sie wird die siegende werden in dem Augenblick, wo der Arbeiter die Trägheit von sich abschüttelt, wo er nachdenkt über seine Lage und klar wird in den sozialistischen Prinzipien. Weib sagt in seinem Gedichte sehr treffend:

„Und drängt der Wiederhacher noch so sehr
„Mit trotigen Geberden,
„Und wirft er Schnee und Eis umher,
„Es muß doch Frühling werden.“

So schloß der Redner. An der hi rauf folgenden kurzen Diskussion beteiligten sich noch, da kein Gegner das Wort nahm, die Herren Fischer und Könnede; Ersterer kritisirte noch ziemlich scharf das Verfahren des Präsidenten, der Staatsanwalt gespielt, sowie die heutigen Schwurgerichte. Die genossenschaftliche Gleichheit müsse hergestellt, die Klassenherrschaft abgeschafft werden. „Das ist die Idee der Socialdemokratie. Sie allein ist die Grundlage alles menschlichen Fortschrittes, und sie muß daher, soll endlich einmal der Mensch ein freier Mensch werden, das höchste und heiligste im Staate und in der Gesellschaft werden. Verurtheile man immerhin die Personen. Die Idee der Wahrheit, Freiheit und Gerechtigkeit, sie bricht sich trotz alledem und allem Bahn!“ Herr Könnede wies aus der geschichtlichen Entwicklung ausführlich nach, daß die Idee nicht durch die Gewalt und Bajonnette zu unterdrücken ist. Hierauf nahm die sehr zahlreiche Versammlung einstimmig die Nürnberg'schen Resolutionen an. Es wurden nach Schluß 13 Mitglieder aufgenommen und eine Sammlung für die Anhafteten veranstaltet.

Dresden. Die Schuhmacher hielten am 12. April eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Die Tagesordnung bildete: 1) Die Lohnfrage und der Normalarbeitstag; 2) Die Organisation in den Gewerkschaften. — Nachdem mehrere Redner sich dahin äußerten, daß eine Lohnsteigerung, sowie eine Arbeitszeitverkürzung für die Schuhmacher sehr notwendig sei, jedoch unter gegenwärtigen Verhältnissen eine Erreichung derselben nicht möglich, wurde nachstehende Resolution angenommen:

„In Erwägung, daß unter den heutigen Verhältnissen der Normalarbeitstag in unserer Branche nicht eingeführt werden kann (??), beschließt die heutige Versammlung, für die Abschaffung der Logis- und der Sonntagarbeit zu wirken; ferner für den Eintritt in die Gewerkschaft kräftig zu agitiren.“

Ein Antrag, dahin gehend, 20 pCt. Lohnsteigerung zu verlangen, wurde abgelehnt.

Aufruf an sämtliche Gewerkschaften der Schuhmacher.

Stuttgart, den 9. April. Wir bitten hiermit sämtliche Gewerkschaften der Schuhmacher um ihre Adressen, damit wir mit ihnen in nähere Verbindung treten können.

In Namen der allgemeinen Gewerkschaft der Schuhmacher:

Heinrich Schick, Schriftführer,
Rothestraße Nr. 32 parterre.

Hamburg. Aus Stade berichtet man mir: „Die Schuhmacher haben hier eine Mitgliedschaft des Allgemeinen deutschen Schneidervereins gegründet. Nun wird von hiesiger Polizei-Behörde verlangt, sie sollen in den Statuten den Paragraphen, welcher den reisenden Mitgliedern Reiseunterstützung, sowie den Bergarbeitern ein Verdigungs-Geld zusichert, streichen. Es liegt wol in diesem Paragraphen die Hauptstützungskraft für die Mitglieder nach Ansicht der hiesigen Polizei. Ganz recht dies.“

Hierzu ist nur zu bemerken, daß der hochweiser Polizeidirection in Stade nicht das Recht zusteht, weder in die Statuten etwas hinein, noch etwas hinaus zu puschen. Es ist dies noch eine alte übliche Gewohnheit verschiedener Polizeidirectionen und Landdroseien in Hannover, und rührt noch von der Verwaltungspraxis aus hannoverscher Zeit her; die Arbeiter dürfen sich nur nicht verblüffen lassen, sondern an höhere Instanzen, zunächst an die Provinzial-Regierung in Hannover appelliren.

das sie wissen oder auch nur ahnen — wie zur guten Zeit der Bastille und ihrer Falltür-Gejängnisse — wann sie hinauskommen werden. Bei diesem Unglück habe ich den Trost, mit ausgezeichneten Kameraden zusammen zu sein, — meistens Besiegte der Kommune. Es sind ernste Leute, welche vor den Ereignissen bürgerliche Professionen hatten: Advokaten, Kaufleute, Gelehrte, Apotheker, einige Beamte und endlich mehrere intelligente Arbeiter.*)

Wir leben alle auf einem ausgezeichnet brüderlichen Fuße. Eure kleine Sendungen sind mir sehr nützlich. Wenn ich wenigstens arbeiten könnte, um Euch diese Opfer zu ersparen! Aber es besteht eine Strafbestimmung gegen mich, die ich mir nicht erklären kann. Vor acht Tagen ging ich voller Eifer in die Schuhmacher-Werkstatt, um mir die Arbeit zu holen, die dort aufgeteilt werden sollte. Ich wollte mich gerade an die Arbeit setzen, als mich der Direktor plötzlich überraschte und fragte, was ich da mache? Ich antwortete ihm, daß ich eben arbeiten wollte; da schickte er mich mit den Worten zurück: „Andere sind vor Ihnen da!“ Und als ich ihm Vorstellungen machte, daß ich's zum Essen nötig hätte, antwortete er mir, daß ich arbeiten werde, wenn es ihm gefallen würde.“

„Betäubt Euch nicht über die Bitterkeit meines Schicksals! Ich bin gegen jedes Unglück abgehärtet; die Patrioten versprechen zu sterben; und trotz aller moralischen und physischen Torturen werde ich mit meinem politischen Bekenntnis nicht zurückhalten.“

Strikes.

Die mechanischen Tuchweber bei den Gebrüdern Hilger in Friedland hatten am 16. März die Arbeit eingestellt, weil ihnen die geringe Lohnerhöhung von 1 Pf. per Tag verweigert worden ist. Während des Strikes wurde in Erfahrung gebracht, daß 100 Stieg der Gebrüder Hilger so lang sind, als 110 der anderen Fabrikanten! — In Kassel streiken die Sattlergehilfen der Militär-Steinhandlung von Koll und Leiden (160) an der Zahl, in Blankensee die Maurer. In Halle ist am 8. d. M. ein Strike der Steinweber ausgebrochen, der — wie eine Originalkorrespondenz der „Volkzeitung“ ausdrücklich besagt, — „keineswegs das Werk sozialistischer Agitationen“ ist. Nach gewöhnlicher „Volkzeitungs“-Logik soll damit gesagt sein, daß 7/100 aller sonstigen Strikes allerdings durch sozialistische „Hepherden“ hervorgerufen werden. — In Bromberg streiken die Bauhandwerker, (ein Tischler erstreckt daselbst in Aussicht), in Hamburg die Malergesellen (Forderung: Abschaffung der Aushilfs-Arbeit von 6—7 Uhr und 4 Schilling Lohnzulage per Tag), die Formner und die Schneider; letztere auch in Altona. Die Arbeitgeber von Hamburg-Altona haben einen Verein gegründet, dessen humanitäre Tendenz sich aus folgendem Satze ihres Gründungsartikels ergibt:

„Es ist an sich einleuchtend, daß die übermäßigen Forderungen der Arbeiter nur dann mit völliger Sicherheit in den nötigen Schranken gehalten werden können, wenn die Beihiligung am Vereine eine ganz allgemeine ist, weil nur in diesem Falle den feindseligen Arbeitern die Subsistenzmittel an Ort und Stelle völlig entzogen werden.“

Weiter wird in ihren Statuten gesagt, daß „sobald in irgend einem der unterzeichneten Geschäfte von Seiten der Arbeiter eine Lohnerhöhung gefordert wird, oder wenn der Normalarbeitstag verlangt werden sollte“, der betreffende Geschäftszubehrer dem Vorstände sofort persönliche Mitteilung davon zu machen hat, worauf eine Generalversammlung berufen wird, die Beschlüsse faßt, denen jeder gehorchen muß. Bei einer Konvention von einhundert Mann Concans, welche der Vorstand ernennen und innerhalb vierzehn Tagen einziehen kann.

In einer Gehilfen-Versammlung wurde beschlossen, nachstehendes Circular den Arbeitgebern zu unterbreiten:

„Wir, sämtliche Arbeiter Ihres Geschäfts, unterbreiten Ihnen hiermit nachstehendes Programm, und eruchen Sie zugleich, bis spätestens zum 15. April d. J. Rückantwort darauf zu ertheilen. Bei Nichterlangen auf unser Programm, sind wir genötigt, den 16. April d. J. die Arbeit in Ihrem Geschäft einzustellen.“

- 1. Einführung des Normalarbeitstages von 10 Stunden Arbeit, bei 2 Stunden Mittag.
2. Abschaffung aller Sonn- und Festtagsarbeit.
3. Lohnverhältnis: a) Lohn für den wenig begabten Arbeiter 2 Mark, b) Lohn für den mittelmäßigen Arbeiter 2 Mark 8 Schill. (so für den intelligenten Arbeiter nach Uebereinkunft. d) Jede Uebervandlung muß mit 6 Schill. bezahlt werden, außerordentliche Sonn- und Festtagsarbeit wird die Stunde mit 8 Schill. bezahlt.
4. Sämtliche Journatur wird vom Geschäft gestellt.
5. Am Sonnabend vor Schluß der Arbeit den Lohn auszusahlen.

In der Hoffnung, daß Sie unsere sittliche Forderung genehmigen werden,

zeichnen achtungsvoll Ihre sämtlichen Arbeiter.“

Siegenreich beendet ist der Strike der Königsberger und Rammbeiner Schneider (Zuzug ist aber trotzdem noch fern zu halten) und der Kemseider Feilen-Lohnschmiede, alle 3 nach Schwedentlicher Dauer; nur theilweise bewilligt wurden die Forderungen der Berliner Tapezierer. Den Klagenfurter Schlossern wurde nach längiger Streife die Arbeitszeit von 14 auf 10 Stunden reduziert. — In Aussicht steht ein Strike der Töpfer in Brandenburg, der Gigarrenarbeiter in Berlin, der Schiffszimmerleute in Kiel (wegen Maßregelung des Werkführers), der Schneider in Hanau (20 Prozent Lohnerhöhung), und ein Arbeitsaus-schluß der Berliner Zimmerer (22 Zimmermeister gehören bereits dem neuen Bunde an.) Die Berliner Maurermeister koaliren sich ebenfalls gegen etwaige Strikes.

Frankreich. In Lyon dauert der Strike der Bronze-Arbeiter fort; nur wenige Arbeitgeber haben die Forderungen bewilligt. Die „Republique republicaine“ glaubt, daß diese Industrie, wenn die Fabrikanten nicht bald nachgeben, in Lyon ganz ruiniert wird. Die Lyoner Lithographen haben für Städtarbeit 20 Prozent Lohnerhöhung verlangt. — Eine kleine Anzahl Instrumentendauer droht mit einem Strike, wenn statt der Schwedentlichen Lohnauszahlung nicht eine 14tägige eingeführt wird. — In Ronchamp streiken die Kohlenbergleute. Spanien. Der Strike der Hutmacher in Sevilla ist siegreich beendet; dieselben haben eine Tageszulage von 1 Peseta (8 1/2 Gr.) erlangt.

Holland. In Amsterdam haben die Tischler der Firma Stroband u. Broer eine Zulage von 6 Centimes pro Stunde erlangt.

Internationale Holzarbeiterschaft.

Genfurt. In der Versammlung vom 23. März wurde von den hiesigen Mitgliedern Beschwerde geführt über die Säumigkeit des Ausschusses, welcher schon seit langer Zeit kein Lebenszeichen von sich gegeben hat, auch trotz mehrfacher Aufforderung die Kongressangelegenheit noch nicht in die Hand genommen. (Ist seitdem geschehen. Siehe vorige Nummer. Red. d. B.)

Betreffs des Kongresses wurde beschlossen: Da noch keine Gewerkschaft die Zeit und den Ort ihres Kongresses bestimmt hat, so werden die Mitgliedschaften sämtlicher internationalen Gewerkschaften ersucht, mit aller Energie auf einen allgemeinen Gewerkschaftskongress hin zu wirken, damit wir endlich einmal der vielbesprochenen Arbeiter-Union um einen Schritt näher kommen, und wäre da wohl am besten, wenn derselbe in einer Stadt Mitteldeutschlands, (Genfurt, Weimar oder Leipzig) stattfände.

Zugleich werden alle Städte, hauptsächlich die kleineren Ortschaften, aufgefordert, mit der Gründung von Mitgliedschaften zur Arbeiter-Union vorzugehen, unter Annahme des Statuts der Holzarbeiter, welches nach § 3 allen Arbeitern, sie mögen einer Branche angehören, welcher sie wollen, gestattet, der Mitgliedschaft beizutreten. Denn in Dreifachheit,

wo einzelne Gewerkschaften, wegen u geringer Theilnahme, nicht bestehen können, kann ganz gut eine Mitgliedschaft der Arbeiter-Union bestehen, wenn allen Arbeitern, ohne Unterschied der Branche, der Zutritt gestattet ist.

Von der Richtigkeit dieser Behauptung können wir Zeugnis ablegen, denn bereits seit 2 1/2 Jahren besteht hier die gemischte Gewerkschaft, (worunter wir eben so gut Arbeiter-Union verstehen können) mit dem besten Erfolg, und während früher die einzelnen Mitgliedschaften ihren Verpflichtungen gar nicht, oder nur ungenügend nachkommen konnten, sind wir, vereinigt, im Stande, allen Anforderungen zu genügen, und sehen uns die besten Kasernen-Ämter zur Seite. Wären andere Städte unserm Beispiele gefolgt, dann würden nicht so viele Mitgliedschaften schlafen gegangen sein.

Also auf zur Gründung einer allgemeinen Arbeiter-Union!

N.B. Mit den Beschlüssen und Anträgen der Leipziger Mitgliedschaft (in Nr. 25 des „Volkstaat“ veröffentlicht) erklären sich die hiesigen Mitglieder einverstanden.

Allgemeiner deutscher Schneider-Verein.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß in Regensburg als Bevollmächtigter Akt, Fischmarkt D. 127., beim Schuhmacher Fuchs, an Stelle des Kollegen März gewählt ist; in Stade Bevollmächtigter Lindlof bei Herrn Seif, Höderstraße, und als Kassirer Hettich bei Herrn Nagel, Schiebenstraße. In Bremen und Waienburg sind neue Mitgliedschaften gegründet. In Bremen haben die Kollegen ihre Forderungen so ziemlich durchgeführt, während von Würzburg aller Zuzug abgesehen ist, so in Strie am 8. d. M. dort ausgebrochen, wobei circa 250 Mann theilhaftig sind. Auch in Leipzig und Braunschweig dauert der Kampf noch fort, daher Zuzug gleichfalls noch abzuhalten ist. Ich bitte alle Freunde und Kollegen, denen es irgend möglich ist, die Kämpfenden zu unterstützen.

In Berlin haben die Arbeiter der großen Werkstätten ihre Forderungen durchgeführt, daher der Strike als beendet zu betrachten, denn, wie es scheint, haben die Konfektionschneider nicht den Muth, für ihre Interessen selbst einzutreten.

Indem ich die Bevollmächtigten allerorts auffordere, bis spätestens den 20. d. M. die Abrechnungen und Gelder einzusenden, da ich sonst die Namen der Säumigen veröffentlichen muß, und dies doch Niemand angenehm sein kann, zeichne mit Brudergruß und Handschlag

Berlin, 10. April 1872.

A. Reimann,

alte Jakobstraße 5, Hof 3 Et. *)

*) Obiges ist erst am Donnerstag, also nach Druck der letzten Nummer zugegangen.

Leipzig. Der Schneider-Strike dauert fort. Die hiesigen Meister haben bis jetzt auf unsern Hunger und auf ihre Geldbörse geschont — und wollten uns ruinieren. Wir haben aber bis jetzt, Dank unsern Kollegen, die uns unterstützt haben — noch keinen Hunger gelitten; wir haben auch nicht ruiniert werden können, aus dem einzigen Grunde — weil wir nichts haben. Es scheint sich aber der Wind gedreht zu haben; denn wenn man zu den hiesigen Konfektions- und Halbabschneidern kommt, sieht man die zugehauene Arbeit, welche von verschiedenen Meistern verlagert wird, ausgehauert halbes, um die Prima- und Sola-Wechsel decken zu können. Wir stehen aber fest, und wollen den Kampf bis auf den letzten Mann führen. Es haben schon über 200 Gehilfen Leipzig verlassen, und eine große Anzahl wird diesem Beispiele noch im Laufe dieser Woche folgen. Die Kollegen, welche abgereist sind, haben sich verpflichtet, den Zuzug fern zu halten.

Also, Kollegen allerwärts! Ihr seht, daß unser Strike einen sehr großen Umfang angenommen hat. Thut Euer Pflicht, helft uns den großen Sieg vollbringen und haltet fest Zuzug fern.

Driele u. sind an Heinrich Meier, Gewandgäßchen No. 4 1 Treppe zu senden. Mit sozial-demokratischem

Gruß das Strike-Komitee.

Hamburg. Hier sollte ein allgemeiner deutscher Formnerbund gegründet werden; um den Bund zu fördern, wurden am 13. April sämtliche Formner gemahregelt.

Der Grund zu d r Maßregelung ist folgender: auf der Eisengießerei des H. S. Lüthmann in Hamburg wurde der Formner Schlottmann, welcher Kassirer des provisorischen Komitee war, entlassen; da haben sich die anderen Formner vereinigt und am Montag früh die Arbeit auf besagter Fabrik eingestellt, und nun wollten die Dertien Fabrikanten uns anrufen, daß wir die Formner obiger Fabrik antreiben sollen, ihre Arbeit wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie am Sonnabend sämtliche Sicherheiten kassiren wollen, bis die Formner ihre Arbeit wieder aufgenommen haben; die Formner sind aber alle von dem Klassen-Vorwirts durchdrungen, und sahen ruhig ihrer Maßregelung entgegen.

Der Schluß der Plakate, die in jeder Gießerei angenagelt sind, lautet: „Wir hoffen aber von dem geraden und gesunden Sinn der überwiegenden Mehrzahl, daß es dahin nie kommen würde und daß ein jeltner, mit der Ordnung nicht zufrieden und unruhigen Elementen nicht von der Gesamtzahl die Macht eingeräumt wird, hunderte von ruhigen und soliden Arbeiter auf die Dauer für sich und ihre Familien zu schädigen.“

Also, Formner Hamburgs, Altonas, Harburgs und Ottensens! befinnt Euch zweimal, bevor Ihr euch und eure Familie unnützer Noth und Bedrängnis aussetzt; denn wir sind fest entschlossen, zu handeln, wie oben aufgeführt, damit endlich Ruhe und Ordnung in das schon seit Jahr und Tag gestörte Verhältnis zwischen euren Ansprüchen und unsern Zugeständnissen wieder eintreten können.

Die sämtlichen Eisengießerei-Besitzer von Hamburg, Altona, Harburg und Ottens, den 10. April 1872.

München. Auch hier wird es unter den Schneidern rege und war vergangnen Donnerstag Versammlung bei Herr Köhl, welche recht zahlreich besucht war. Von Herrn Großmann wurde dieselbe eröffnet, und trat hierauf ein Fachgenosse, Herr Bauer aus Landsbat, auf, welcher in sehr gediegener Form die Nachtheile der Konfektionsgeschäfte für das ganze Fachgeschäft bewies, zur Einigkeit aufforderte und schließlich die Gründung eines Fachvereins beantragte; dann sprachen noch Herr Schneider, H. Hutter, H. Gerstmeier; und wurde der Antrag des Herrn Bauer mit Majorität angenommen und sogleich zur Gründung eines Fachvereines geschritten.

Hersfeld. Kollegen! Es treibt sich seit einigen Tagen ein Individuum unter dem Namen Carl Hilgert hier herum, Arbeiter für Lennep suchend; er gibt vor, eine neue Fabrik gebaut zu haben. Ich habe so viel wie möglich eure Warnung vor Zuzug in die Deffentlichkeit gebracht; sollten demnach Hersfelder zu Euch kommen, so sind wir hier nicht in Verlegenheit um dieselben.

Mit Gruß Georg Wolff.

Hugsburg Zum Schuhmacher-Strike. Theilweise, Gefinnungsgenossen, haben wir, mit Eurer Hilfe, schon gefest. Nahezu 100 Mann sind abgereist, zwei der größeren Arbeitgeber, die wir zu den humansten rechnen dürfen (die Herren Hilbert und Wörde), sowie ein Kleinmeister haben die Forderungen als berechtigt anerkannt und durch ihre Unterschrift bewilligt; es ist dies insofern ein bedeutender Schritt vorwärts, als dadurch die größte Zahl der Strikenden tarifsmäßig die Arbeit wieder aufnehmen kann und damit nicht mehr als Unterstützung Suchende, sondern als Unterstützung Gebende in der Sache auftreten. Bedenkt ist der Strike noch nicht, denn es muß noch eine geringe Anzahl Strikender ausfallen, bis der ganze Sieg erfochten ist. Wir eruchen die Parteigenossen überall, Zuzug fern zu halten. Allen trotzdem hier Zurreisenden zur Noth, daß sich der Berkehr (Herberge) der Schuhmacher bei Bierbrauer Eisenmair (Jakobi-Vorstadt) befindet und daß von den Gesellen die Arbeitsvermittlung auf tarifsmäßige Arbeit besorgt wird. Zur Charakteristik diene noch folgendes: Der vor einiger Zeit im „Volkstaat“ gekennzeichnete „Erzsozialist“ Seif, der die übrigen Meister am meisten gegen die Forderungen der Gehilfen aufregte und fanatisirte kam fürlich selbst zu den Strikenden mit der Bitte um Arbeiter, er bezahle 6 Kr. aber den ausgefüllten Tarif; es mochte jedoch keiner der Strikenden die 6 Kr. mehr verdienen; somit blieb der Mann ohne Arbeiter. — Ein anderer Arbeitgeber (Herr W.) bewilligte die Forderungen, unterwarf sich einem von ihm selbst angefertigten (dem der Gehilfen ganz gleichlautenden) Tarif, — erklärte jedoch in der letzten Meisterversammlung, nachdem seine Leute wieder acht Tage gearbeitet — man höre und staune! — es kümmere sich nicht um den von ihm selbst ge-

schriebenen Tarif und bezahle, wie er wolle; und solche Leute halten den Arbeiter noch für so naiv, ihnen auf Ehrenwort zu glauben, wo sie thatsächlich ihr Schwarz auf weiß gegebenes Wort brechen; mit solchen Leuten muß sich der Arbeiter herumtreiben; doch, es ist noch nicht aller Tage Abend. Die Schuhmacher Hugsburgs haben in diesem Kampfe ihre Freunde und Feinde kennen gelernt und wissen darnach zu handeln.

Für die bis jetzt eingegangenen Unterstützungen herzlichen Dank, Mittheilung wird im „Volkstaat“ veröffentlicht.

Hugsburg 23. April 1872. J. H.

Seit einigen Tagen macht folgende Notiz die Kunde durch die Presse:

„Im deutschen Reichstage istulirt eine Subscriptionsliste zum Zeichen von Geldbeiträgen für die Herren Vebe! und Liebknecht. Der Ertrag ist für die Familien der Genannten bestimmt. Es befinden sich auf den Listen die Namen von Mitgliedern aller politischen Parteien, und es sind einzelne Beiträge zu 100 und über 100 Thlr. gezeichnet worden.“

Die Nachricht klingt sehr unwahrscheinlich. Sollten inder Mitglieder des Reichstags sich wirklich eine solche Taktlosigkeit — um den mildesten Ausdruck zu gebrauchen — haben zu Schulden kommen lassen, so verzieht es sich von selbst, daß wir den Ertrag der Sammlung für uns und unsere Familien zurückweisen müßten.

Leipzig, den 14. April 1872. K. Vebe! u. Liebknecht.

Briefkasten der Expedition: Zuch. i. Salzburg 1 Thlr. 18 Rgr. erh.; Müller i. Reichenbach 4 Thlr. 24 Rgr. f. Schrift. 6 Rgr. f. Annoncen erh. Dop. — Jwidau f. Abon. 1 Cu. 6 Thlr. 2 Rgr. erh.; Knopf i. München f. Abon. 1 Cu. 17 Thlr. 4 Rgr. 3 Pf. erh.; Bierng. i. Grimnitzschau f. Abon. 1 Cu. 15 Thlr. 10 Rgr. erh.; A. R. i. Königsberg 5 Thlr. f. Schrift; Saeuger in Köpenick f. Schrift. 1 Thlr. 26 Rgr. erh. Photogr. abgehänd. S. i. Pausenberg: Ihren ersten Brief habe ich nicht erhalten, die Passauer Abonnenten sind mir namentlich nicht bekannt, über S. kann ich Ihnen eine bestimmte Auskunft nicht geben.

der Expedition: Von Mart. G. — Rottenburg f. Schrift 20 gr. erh. v. F. H. u. Sch. — Reichenberg 13 Thlr. 10 gr. erh. Kobitsch. i. Dresden f. Abon. 1 Cu. 14 Thlr. f. Annoncen 4 gr. Sch. i. Lannwald 13 Thlr. erh.; D. i. München f. Annoncen 6 gr. — Strahburg: das Abon. pro Quart. kostet 25 gr. Sch. i. Lann. wa b 13 Thlr. erh.; Edg. — Worms f. Schrift 3 Thlr. 10 gr. erh. Schult. — Hamburg Ref. f. 1 Cu. 9 Thlr. 10 gr. f. Schrift 10 Thlr. 28 Rgr.

Für politische Gemahregelte. Von A. Rdt. in Königsberg 2 Thlr. Von einem Spaziergang der Internationalen 1 Thlr.

Abonnements-Einladung.

Seit dem 1. April d. J. erscheint hier unter Verlag und Redaktion der Unterzeichneten und nummernreihen Eigentümer die

„Memesis“

und zwar regelmäßig jeden Sonnabend, einen halben Bogen stark, und können Abonnements-Bestellungen sowohl bei den Unterzeichneten, als auch bei allen Postämtern ausgegeben werden. Preis vierteljährlich 10 Gr. oder 60 Kreuzer öst. Währung oder 50 Kr. südd. Währung.

Die „Memesis“ wird vor Allem für sittliche und intellektuelle Hebung und Ausbildung der Massen das Schätzbarste und Gehaltreichste aus dem ihr vorliegenden großen Material auswählen und es theilt in technischer, religiöser und politischer Aufsätze, theils in anziehenden Erzählungen ihren Lesern zugänglich zu machen suchen. Sie wird sich mit allen von beiderseitigem Interesse gebotenen Umficht den zu Recht bestehenden Gesetzen fügen, aber auch schonungslos kirchliche und soziale Krebsgeschwüre ausdecken und mit aller Energie für jene Rechte und Pflichten in die Schranken treten, welche stets die unentbehrlichen Grundpfeiler wahrer Volkswohlthätigkeit waren und bleiben werden. Indem die Unterzeichneten in Bezug auf Letzteres um reichlichere Zusendung von Notizen bitten, laden sie auch zugleich Alle, denen der Sieg der Wahrheit am Herzen liegt, zu recht zahlreichem Abonnement ein. „Der Liquorianer“ wird fortgesetzt.

Dresden im März 1872.

Mit herzlichem und brüderlichem Gruß Die Herausgeber der „Memesis“

G. Richter, A. Schauer. Expedition, Schöffelstraße Nr. 2.

Für Breslau.

Sozial-demokratische Arbeiter-Partei. Sonntag den 21. d. M. Abends 7 Uhr gefellige Zusammenkunft mit Damen in Paul's Restauration, Neßgasse Nr. 4.

Die Parteigenossen mit ihren Frauen werden um recht zahlreiche Theilnahme ersucht. Gäste sind gern gesehen.

H. Dehne.

Für Leipzig.

Sozial-demokratischer Arbeiterverein. Vereinsstimmung Freitag den 19. d. M. Abends 8 Uhr im Leipziger Saal.

Tagesordnung: Sozial-demokratischer Wochenbericht. Referent H. Scheu. Die Grund- und Bodenfrage. Referent Liebknecht. Gäste willkommen.

Der Vorstand. Freitag den 26. d. geschlossene Mitgliederversammlung. Wahl eines ersten Vorsitzenden.

Die Versammlung

der Tischler und Pianoarbeiter, welche der Holzarbeiterschaft als Mitglieder angehören, findet Sonnabend den 20. April, Thüringer Hof, Burgstraße, statt.

Tagesordnung: Konstituierung der Sektion und Wahl des Vorstands.

Für Altona.

Donnerstag den 18. April Abends 9 Uhr Versammlung der Mitglieder des sozial-demokratischen Arbeiter-Vereins bei Gastwirth Ehler Nordstraße. Vorstandswahl. Vortrag des Herrn Seif aus Hamburg.

Die Leser des „Volkstaat“ sind gleichfalls eingeladen. Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Soeben ist erschienen:

1. Lieferung. Leipziger Hochverrathsprozess.

Ausführlicher Bericht

nebst den ungehaltenen Bertheidigungsreden und einer Schlußcharakteristik des ganzen Prozesses.

Von den Angeklagten bearbeitet. Das Ganze bildet 7—8 Lieferungen à 3 Bogen (48 Seiten). Ladenpreis jeder Lieferung: 4 Sgr; für Parteigenossen, durch die Expedition direkt bezogen: 2 Gr. 5 Pf.

Die Expedition des „Volkstaat“.

Stlungen (Tel. Dep.) Sämtliche Tuchmacher der hiesigen Tuchfabrik haben die Arbeit eingestellt. Halbet Zuzug fern. Haltung gut. Das Komitee.

Leipzig: Verantw. Redakteur A. Heyner (Redaktion u. Expedition Hofstr. 4.) Druck u. Verlag v. F. Thiele.